

Antrag Nr. 05-F-01-0039

SPD-Fraktion

Betreff:

Zukunft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 25.04.2005 -

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Eingliederungshilfe auch zukünftig beim Landeswohlfahrtsverband verbleibt. Nur so sind landesweit einheitliche Standards für die Behindertenhilfe aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig erfolgt über die Verbandsumlage eine gerechte Verteilung der Lasten auf die Landkreise und kreisfreien Städte nach ihrer Finanzkraft.
2. Der Reformprozess beim LWV ist weiter zu führen. Dazu gehört eine enge Abstimmung mit den Landkreisen und kreisfreien Städte, ein regional ausgewogenes Trägerkonzept für die Behindertenhilfe und die verstärkte Einbeziehung eines persönlichen Budgets für Behinderte.
3. Der LWV ist als Träger für Psychiatrische Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen und für den Maßregelvollzug nach wie vor von hoher Bedeutung.
4. Der Magistrat wird aufgefordert, sich im Sinne dieses Antrages für die Beibehaltung der Eingliederungshilfe beim LWV und der Trägerschaft des LWV für die Psychiatrischen Krankenhäuser und dem Maßregelvollzug auf allen Ebenen einzusetzen.
5. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Erhalt der Regionalverwaltung Wiesbaden mit 216 Mitarbeitern aus, weil nur so eine adäquate Betreuung der Behinderten und der Einrichtungen möglich ist.
6. Der LWV ist für die soziale Infrastruktur in Wiesbaden unverzichtbar. Der LWV finanziert in Wiesbaden Leistungen in Höhe von 44 Millionen €. Dadurch können 1400 Plätze in Wohn- und Pflegeheimen, im betreuten Wohnen, in Tagesstätten und in Beratungsstellen unterhalten werden.

Begründung:

Wiesbaden, 25.04.2005

Daniel Krämer
Sozialpolitischer Sprecher

F.d.R. Marc Paffenholz
SPD-Fraktionsgeschäftsstelle